



Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände
in Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für
Umwelt, Energie und Klimaschutz
Referat 54
Archivstr. 2
30169 Hannover

Hannover, den 25.01.2017

Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen

hier: Stellungnahme

Ihr Schreiben vom 11.11.2016, Ihr Zeichen: 54 - 29804 – 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zu diesem wichtigen Thema schriftlich Stellung beziehen zu können. Nachhaltigkeit bezeichnet eine soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung, die die Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen Generation immer auch aus der Perspektive der Bedürfnisse der kommenden Generationen betrachtet.

In dem Entwurf für eine Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen wird dieser Perspektive Rechnung getragen.

Bevor wir auf Themenfelder aus den Kapiteln B und C (B 2, C 2.1 und C.2.3) eingehen, möchten wir Folgendes voranstellen:

Generell ist uns aufgefallen, dass der Begriff „Familie“ und der Kontext zu familiärem Leben extrem selten in dem Entwurf auftauchen. Damit einhergehend vermissen wir auch Perspektiven für die Bewältigung familienbezogener Herausforderungen und Problematiken. Dadurch sind aus unserer Sicht gerade in Bezug auf die demografische Entwicklung hier auch kaum Lösungen enthalten.

Familie ist die Lebensform, die für den Fortbestand jeder Gemeinschaft unverzichtbar ist. Wenn die Landesregierung auch eine nachhaltige Entwicklung im demografischen und sozialen Bereich anstrebt, sollte sie dieser Lebensform mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken.

Die lange Zeit sehr niedrige Geburtenrate hat Gründe, und der jüngste erfreuliche leichte Anstieg der Geburtenrate muss sich erst noch als nachhaltig herausstellen. Auch die generelle Problematik, dass Care-Tätigkeiten in unserer Gesellschaft unterbewertet sind, wird in der Nachhaltigkeitsstrategie zu wenig thematisiert. Das sind aber wesentliche Aspekte und Erklärungen für die häufig niedrigeren Verdienste von Frauen, für die Schwierigkeiten von Alleinerziehenden (auch meistens Frauen) und

kinderreichen Familien, den Lebensunterhalt ihrer Familien aus eigener Kraft zu bestreiten. In der Folge ist dann eine Altersarmut unausweichlich. Wenn das Land in demografischer und sozialer Hinsicht eine nachhaltig stabile Entwicklung erreichen möchte, sollten diese Faktoren stärker berücksichtigt werden. Unter den jeweiligen Punkten „Status“ und „Entwicklung“ finden sich hierzu keine zukunftsweisenden Handlungsansätze.

Im Einzelnen möchten wir auf aus unserer Sicht wichtige Teilaspekte etwas näher eingehen:

Ganztagsbetreuung von Kindern - Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (C 2.1, Indikator 14)

Wir stellen erfreulicherweise fest, dass hier landesseitig große Anstrengungen unternommen wurden, indem die öffentliche Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder der Altersgruppe 2 bis 6 Jahre ausgebaut und die Ganztagsangebote an Schulen verstärkt wurden. Selbst wenn auch im qualitativen Bereich noch viel zu tun bleibt, sehen wir, dass sich hier in den letzten Jahren, ausgehend von einem ganz niedrigen Niveau, sehr viel bewegt hat.

Leider hakt es trotzdem an einigen Stellen, da die zunehmenden Anforderungen der Arbeitswelt an Mobilität, Flexibilität und Verfügbarkeit der Mitarbeitenden gewissermaßen eine „familienfeindliche Gegenbewegung“ darstellen.

Die Schwierigkeit, Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu finden, ist nicht mehr so groß, dafür wird trotz Rechtsanspruch der Übergang in den Kindergarten schwieriger. Eltern kommen häufiger in die Situation, keinen Platz in einer Kita ihrer Wahl in Wohnungsnähe zu finden. Noch schwieriger ist der Grundschulbereich, da die Horte lange wegen des Ausbaus der Ganztagsangebote vernachlässigt wurden. Das Eine kann das Andere aber nicht ersetzen, da Horte auch in den Schulferien gute Betreuung anbieten und dies fünf Tage in der Woche. Auch für die Kindertagespflege als wichtigem Baustein des Bildungs- und Betreuungssystems wurden bisher keine befriedigenden Rahmenbedingungen entwickelt. Die verbreiteten offenen Ganztagsangebote an nur drei Nachmittagen in der Woche während der Schulzeit lassen hier Lücken entstehen, die für viele Eltern ohne Hort oder Kindertagespflege nicht zu schließen sind. So bleibt die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit für viele Eltern jüngerer Kinder unverändert illusorisch. Gerade bei Alleinerziehenden führt das in Kombination mit fehlendem Kindesunterhalt häufig zu nicht Existenz sichernden Einkünften.

Um diese Zusammenhänge noch besser abzubilden, empfehlen wir eine Erweiterung des Indikators um die Altersgruppe der 6 bis 10 Jährigen.

Armutsgefährdungsquote (C 2.3, Indikator 31)

Den wichtigen Indikator „Armutsgefährdungsquote“ behandeln Sie nur in Bezug auf den Qualifikationsstatus und blenden dabei aus, dass stark überdurchschnittliche Quoten eben nicht nur bei Erwerbslosen und gering Qualifizierten zu sehen sind. Wenn man die Quoten nach anderen Kriterien auswertet, zeigt sich, dass bei Alleinerziehenden, bei Ausländern, bei kinderreichen Familien und Kindern die Armutsgefährdungsquoten hoch sind. Das hat besonders Auswirkungen auf das Heranwachsen von Kindern. Es müssen daher Konzepte entwickelt werden, die allen Kindern ihr individuelles Recht auf ein armutssicheres Aufwachsen ermöglichen.

Über die in dem Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen enthaltenen Aussagen hinaus möchten wir noch auf folgende familienbezogenen Aspekte und Themen hinweisen:

Familienressourcen und Zeit für Familienleben

Familien erbringen unverzichtbare Leistungen sowohl für die persönliche Entwicklung jedes einzelnen Menschen als auch im Blick auf die Gesellschaft insgesamt und deren Zusammenhalt. Familienmitglieder stehen füreinander ein, engagieren sich darüber hinaus häufig ehrenamtlich und leisten dadurch einen großen und wichtigen Beitrag in der Kranken- und Seniorenpflege. Um familiäre Bindungen aufbauen zu können und stabil zu halten, braucht es regelmäßig und verlässlich gemeinsam gestaltbare Zeit.

Infrastruktur der Familienberatung und -bildung

Um Familien auch in schwierigen Situationen zu stabilisieren, ist es notwendig, das Netz an Familien-, Erziehungs- und Paarberatungsstellen langfristig zu sichern. Dem Wahlrecht der Ratsuchenden sollte dahingehend entsprochen werden, dass es weiterhin eine Vielfalt an Trägern gibt. Dasselbe gilt für die Familienbildungsstätten, die wertvolle Arbeit rund um Familienthemen leisten. Der Ausbau von Kitas hin zu Familienzentren als familienbegleitendes Angebot ist in diesem Zusammenhang ebenfalls erforderlich.

Familien und Pflege

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit fünf Pflegegraden statt lediglich drei Pflegestufen wird zum Jahreswechsel endlich umgesetzt. Das bewerten wir sehr positiv, zumal wir dieses lange gefordert hatten. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich, aber die Verteilung auf stationäre, ambulante und familiäre Pflege ist zurzeit recht stabil. Zu erwarten ist aber, dass wegen struktureller Veränderungen (Frauenerwerbstätigkeiten, niedrige Geburtenrate, Mobilität) familiäre Pflegeformen zurückgehen. Im Hinblick auf diesbezügliche mögliche Entwicklungen und eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger sollten vorliegende Forschungsergebnisse ausgewertet und ggf. weitere in Auftrag gegeben werden. Durch entsprechende staatliche Maßnahmen und Entlastungen muss ein Rückgang des privaten innerfamiliären Engagements verhindert werden.

Optionszeitenmodell

Hierunter verstehen wir eine vereinheitlichte Form von finanzieller und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung für Phasen der Kinderbetreuung, Altenpflege und Weiterbildung, analog zu Elterngeld und Elternzeit. Durch dieses Verfahren würden Sorgetätigkeiten gesellschaftlich aufgewertet und die Akzeptanz solcher Zeiten geschlechtsunabhängig steigen und die sogenannte "Rushhour des Lebens" entzerrt.

Hier sollte sich die Landesregierung auf Bundesebene für einen Umbau des derzeitigen Systems in diese Richtung engagieren. Das Elterngeld plus sowie das Konzept des BMFSJ zu Familienarbeitszeit und Familiengeld sind Initiativen, die aus unserer Sicht in die richtige Richtung gehen. Häufig enthalten sie jedoch zu starre Vorgaben, so dass viele Eltern diese Leistungen dann in der Realität doch nicht nutzen können. Beispiel: Um den Partnerschaftsbonus beim Elterngeld Plus zu bekommen, müssen beide Eltern je vier Monate lang im Zeitkorridor zwischen 25 und 30 Stunden

pro Woche erwerbstätig sein. Das bedeutet, die Eltern haben entweder gar keine gemeinsame Zeit oder benötigen bei Überschneidung der Arbeitszeiten zusätzliche Kinderbetreuung.

Sozialversicherung

Wir halten das gegenwärtige System der Sozialversicherungsbeiträge auch auf Einkommensteile, die den Unterhalt von Kindern sichern, für ungerecht und familienbenachteiligend. Gerade bei Familien mit kleineren Einkommen entsteht ein Unterstützungsbedarf oft erst durch den Abzug dieser hohen Beiträge, die anders als die Einkommensteuer das Existenzminimum der Kinder nicht berücksichtigen. Kinderlose sind die Profiteure: Sie haben in der Regel keine familienbedingten Erwerbsunterbrechungen bzw. -einschränkungen, die die Rente schmälern. Leistungen für sie werden von den Kindern anderer Leute erwirtschaftet, an deren Lebensunterhalt und Ausbildung sie sich nicht beteiligt haben (außer über bestimmte Anteile aus dem allgemeinen Steueraufkommen).

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung hat am 09.12.2016 in Kooperation mit dem Deutschen Verein eine Fachveranstaltung zum Thema „Monetäre Leistungen für Kinder und Familien“ durchgeführt.

Wir zitieren aus dem Beitrag von Prof. Dr. Werding, Ruhr Universität Bochum:

„Empirisch: Einführung und Ausbau **umlagefinanzierter Sozialversicherungen** erklären den **demographischen Wandel** nicht, verstärken ihn aber

Dies macht das Problem erst voll sichtbar und verschärft es weiter...

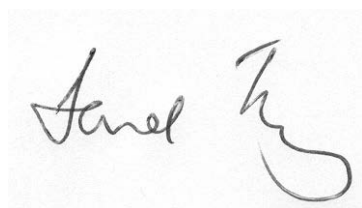
Langfristig destabilisiert sich das Sozialversicherungssystem selbst!“

Wir halten es für entscheidend, dass hier familienfreundliche Änderungen vorgenommen werden und bitten die Landesregierung, sich nach ihren Möglichkeiten auf der Bundesebene für die erforderlichen Änderungen einzusetzen.

Nach unserer Überzeugung erfüllen bessere Rahmenbedingungen für das Leben als Familie einen doppelten Zweck: Sie nutzen der jetzigen Gesellschaft und tragen dazu bei, dass Kinderwünsche zukünftig häufiger verwirklicht werden können.

Bleiben Eltern nach wie vor unter erheblichem Druck, den gestiegenen Anforderungen aus allen Bereichen gerecht zu werden, so ist zu befürchten, dass weiterhin jede Generation fast um ein Drittel kleiner sein wird als die vorhergehende. Dieses können und dürfen sich die Landesregierungen und die Bundesregierung, die auf Nachhaltigkeit bedacht sind, nicht leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Heimberg
Vorsitzender